



# Klassenpolitik

Die Politik der Gewerkschaften.

von

Luigi.

Preis 10 Pfennig.

Hamburg 1913

Verlag „RAMPF“ (A. Fricke)  
Sternstrasse 39, Haus 18, ptr. 1.

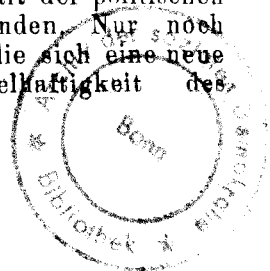
152138

# I. Die Krisis in der Arbeiterbewegung.

Wer heute offenen Auges die internationale Arbeiterbewegung betrachtet, wird bemerken, dass dieselbe sich in einer Krisis befindet. Eine Krisis, die die Arbeitermassen durchzieht, die scheinbar der Arbeiterbewegung gefährlich zu werden droht, da sie das alte, bisher als einzig richtig erkannte und geglaubte in seinen Grundfesten erschüttert, die zeigt sich heute dem, der kritisch prüft, der losgelöst von aller Voreingenommenheit, von allem blinden Glauben und aller Hoffnung auf eine sich selbst genügende und aus sich selbst heraus vorwärtsschreitende Entwicklung den Masstab der ernststen Prüfung an das Gewordene und heute vorhandene in der Arbeiterbewegung legt.

Diese Krisis erschüttert die Proletariermassen, durchwühlt die Arbeiterbewegung in ihrem Innern, scheint zu zerstören, was lange, mühevollen Arbeit erschaffen hat. Eine Umwertung aller bisher gültigen Anschauungen in der Arbeiterbewegung, das ist die Krisis.

Wo ist heute der Glaube der Arbeitermassen an die Wirksamkeit des Parlamentarismus, dem Kernpunkt des sozialdemokratischen Kampfes, geblieben? Wo ist heute das Vertrauen der Massen einerseits zu der Lauterkeit ihrer politischen Führer, andererseits zu der Wirksamkeit ihrer Arbeit in den Parlamenten geblieben? Das Vertrauen in die Siegeskraft der politischen Betätigung (Parlamentarismus) ist verschwunden. Nur noch dumpfe Gewöhnung, die stille Verbissenheit, die sich eine neue Welt schaffen will, die wohl die Mangelhaftigkeit des



bisher beschrittenen Weges erkannt hat, sich aber noch nicht recht klar ist über den nun einzuschlagenden Weg, der Trotz, der nicht zugeben will, dass alles bisher geleistete in dieser Beziehung wesentlich wertlos war, der sich an den Strohalm der Verzweigung klammert, um das Unmögliche möglich zu machen, alles dieses vereint bewirkt es, dass die Arbeiterschaft heute dem Wählen noch Beteiligung zollt, also scheinbar dem Parlamentarismus Unterstützung gewährt.

Und doch, konnte es anders kommen? War diese Krisis nicht unvermeidlich?

Der Glaube an die Sieghaftigkeit des sozialistischen Gedankens, musste er nicht schwinden, wo krämerischer Schachergeist, der nur auf Erhöhung der Mandatsziffer, Vergrößerung der Stimmenzahl bedacht war, alles sozialistische aus den Wahlkampf wie überhaupt aus der „sozialistischen“ Arbeit verbannte, den Sozialismus zu einer, bei festlichen Gelegenheiten zu zeigenden Reliquie machte, aber in der Tagesarbeit, die doch der Aufklärung dienen sollte, alles wirklich sozialistische unterlies? Die Verwischung des hehren Zieles der sozialistischen Arbeiterbewegung, verbunden mit der durch den Parlamentarismus bewirkten Verschandelung aller Grundsätze, dem Paktieren mit der Regierung, dem Eingehen auf militärische und maritime Forderungen usw. kurz gesagt der praktischen Mitarbeit an der Reformierung der heutigen Zustände musste notwendigerweise den Glauben, dass die bisherige (Parlaments-) Politik den Sozialismus, die Revolutionierung der Gesellschaft bedeute, erschüttern.

Und der Tageskampf, den die Politiker ja auch zum Vorteil des Volkes führen sollen?

Die Arbeiterschaft spürt so recht die Stockhiebe auf den Magen, die eine wucherische Zollpolitik, trotz aller sozialdemokratischen „Siege“ ihr bescheert. Das Anwachsen der Militär-, Marine- und in letzter Zeit der Luftflottenforderungen bildet den Hintergrund parlamentarischer Millionensiege. Scharfmacherischer und junkerlicher Übermut verlangen nach neuen Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterschaft, trotzdem eine Klassenjustiz schlimmster Art heute ohne Ausnahmegesetze das Proletariat gleich wie mit Keulenhieben traktiert. Nichts wirksames konnten die Politiker unternehmen, um gegen die schamlosen Hetzereien der Prozent- und Hurratrioten, die die ständige Gefahr eines

A52138

Weltkrieges heraufbeschwören, das Volk vor den Gräueln eines derartigen Krieges zu schützen.

Die kümmerlichen Arbeiterschutzgesetze, die nach langem Mühen als Erfolg parlamentarischer Wirksamkeit erscheinen, erweisen sich als „weisse Salbe,“ als wertlos für die „geschützten“ Arbeiter. Der Raub des Selbstbestimmungsrechts in der Arbeiterversicherung ist die Ausbeute des Parlamentarismus in dieser so berühmten Einrichtung. Bei dieser Erfolglosigkeit auf allen Gebieten ist es also nichts sonderbares, wenn der Glaube an die Wirksamkeit der Arbeit der Volksvertreter immer mehr schwindet.

Und das Vertrauen in die Führer? Auf dem schlüpfrigen Boden des Parlaments ist manch einer gestrauchelt, der erst auf den Schultern der Arbeiter zu seiner Stellung gelangte. Briand und Konsorten sind die extremsten Vorbilder dieser Entwicklung. Und sie haben in allen Ländern ihres gleichen.

Das sind die Ursachen der Unlust und der Misstimmung, die die Grundlagen der Arbeiterbewegung erschüttern.

Doch mit dem Sturz des alten zeigt sich das Aufkommen eines neuen. Alte Werte verschwinden um neuen Platz zu machen. Die Arbeiterschaft beginnt wieder, sich auf sich selbst zu besinnen. Der Gedanke der Selbsthilfe, dass nur die eigne zielbewusste Tätigkeit dem Proletariat eine Erleichterung und Änderung seiner Lage bringen kann, scheint sich aus der gegenwärtigen Situation in der Arbeiterbewegung herauszuschälen.

Und ist dies das erfreuliche, dass das Volk wieder selbst auf den Plan tritt, um durch eigne Aktion seine Rechte zu vertreten, sich Gleichberechtigung und Freiheit zu erkämpfen.

## II. Die direkte Aktion.

Hat die Arbeiterschaft so die Erfolglosigkeit der parlamentarischen Betätigung erkannt, soll sie damit überhaupt auf die Politik verzichten, soll sie es unterlassen, in das öffentliche Leben einzugreifen?

Versteht man unter Politik die Besprechung öffentlicher Angelegenheiten, möge die Arbeiterbewegung ruhig sich davon fernhalten. Geredet worden ist ja bisher genug im Interesse der

Arbeiterschaft, nur schade, dass dabei nichts erspriessliches herausgekommen ist. Dies Reden über öffentliche Angelegenheiten möge sie deshalb ruhig den parlamentarischen Vielrednern überlassen, damit dieselben nicht brotlos werden.

Doch Politik heisst mehr, als nur die Föhrerung öffentlicher Angelegenheiten, sie bedeutet Eingreifen in das Gesellschaftsleben, um dasselbe in wirksamer Weise zu beeinflussen.

In diesem Sinne betrachtet, hat die Arbeiterschaft sehr wohl ein Interesse daran, Politik zu treiben. Liegt doch der innere Kern der Arbeiterbewegung darin, es zu verstehen, das wirtschaftliche wie öffentliche (politische) Leben zum Vorteil des werktätigen Volkes umzugestalten, nicht, damit die arbeitenden Schichten der Bevölkerung bevorzugt werden, sondern dass sie zu ihrem so lang vorenthaltenem Rechte gelangen.

Tausende und abertausende Proletarier haben den Staat als Arbeitgeber. Mit der Geldmacht des gewöhnlichen Arbeitgebers verbindet Arbeitgeber Staat die Staatsgewalt, um seine Lohnsklaven in noch grösserer Abhängigkeit zu erhalten, als es dem Einzelkapitalisten möglich ist. Ferner tritt in den Lohnkämpfen zwischen Kapital und Arbeit der Staat immer offensichtlicher auf die Seite des Unternehmertums, denselben durch Gestellung von Militär und Polizei, wie durch gesetzliche Streikerdrosselungsversuche ein Übergewicht im wirtschaftlichen Kampfe verschaffend. Dadurch enthüllt der Staat so recht seine wahre Bedeutung, die Organisation, die den Schutz der Interessen der herrschenden und besitzenden Klasse durchzuführen hat, zu sein. Es entwickelt sich daraus aber auch der innere Charakter der proletarischen Politik, die den Staat als organisierten Ausdruck der Kapitalswillkür betrachtet, daher denselben als Todfeind der nach Freiheit ringenden Arbeiterschaft mit allen Mitteln bekämpft.

So geht es mit allen Fragen des öffentlichen Lebens Jede Regung des Staates berührt mehr oder weniger die Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Setzt der Staat die Abgaben fest, die der Staatsbürger in Form der direkten Steuern zu leisten hat, setzt er die Zölle und Gebrauchsabgaben fest, durch die er auf indirekte Art aus dem Volke seine Geldmittel zieht, handelt es sich um Aufstellung der Ausgabeposten, des Etats, um die Höhe der Rüstungsausgaben, der Schaffung von Unterrichtsgesetzen, von Gesetzen über das Vereinigungs- und Ver-

sammelungsrecht, der Einführung von Schutzvorschriften zur Sicherung des Lebens und der Gesundheit der Beschäftigten, immer ist es das Volk, dessen oft heiligste Interessen dabei in Frage kommen, es veranlassend, offenen Blickes der Entwicklung dieser Fragen zu folgen und mit kräftiger Hand bestimmend einzugreifen in diese Entwicklung.

Dasselbe ist mit der Strafgesetzgebung der Fall wie auch mit den Fragen der Rechtsprechung. Ob Polizeigesetze erlassen werden zur „Sicherung der öffentlichen Ordnung“, oder Staatsgesetze zum Schutz von Personen und Eigentum gegeben werden, immer ist es das Volk, das die Gesetze zu halten hat.

Es ergibt sich also daraus für das Proletariat die selbstverständliche Pflicht, Politik zu treiben. Es kann diese Erscheinungen des heutigen Gesellschaftslebens nicht an sich so ohne weiteres vorüberziehen lassen, ohne den Versuch zu unternehmen, einen bestimmenden Einfluss darauf auszuüben.

Nicht die blosse Deklamation des hehren Zukunftszieles oder der unverrückte Blick auf die kommende soziale Revolution vermag die Lage der Arbeiter zu bessern. Es gilt auch in der heutigen Ordnung schon, dem Proletariat Vorteile zu erringen, das Volk verlangt es, und hat auch ein Recht, es zu verlangen. Um sich selbst die notwendige Freiheit des Handelns zu schaffen und zu bewahren, um sich vor schärferer Ausnutzung zu schützen, um die von einer rachsüchtigen Justiz bedrohten Klassegenossen dem blinden Wüten der Arbeiterfeinde zu entziehen, um ihre Söhne vor dem massenweisen Hinschlachten auf den Schlachtfeldern zu retten, ist es heiligste Pflicht des Volkes, jeder dieser Fragen, soweit es gelingt, den Stempel des Volkswillens aufzudrücken.

Gestehen wir damit dem Zweck der Parlamentsarbeit die Berechtigung zu?

Dem Zweck wohl, soweit er den Interessen der Arbeiter entspricht, nicht aber der Betätigung des parlamentarischen Kampfes, da dieser, ohne auf seine korrumpierenden Begleiterscheinungen einzugehen, sich stets als wirkungslos für die Proletariatsforderungen erwiesen hat. Könnte es anders sein?

Wir haben oben Politik erklärt als tatkräftiges Eingreifen in die Gestaltung des öffentlichen Lebens, in die Tätigkeit des Staates. Kann dies der Parlamentarismus? Vermöge welcher Macht sollte er es können. Der grossen Zahl etwa? Wäre die

grosse Zahl von so wichtiger Bedeutung, würden wenig Regierungen bestehen können, denn der grösste Teil des Volkes ist stets mit den Massnahmen der jeweiligen Regierenden unzufrieden. Der Macht des Rechts etwa? Macht hat stets vor Recht gegangen, und Macht wird vor Recht gehen, solange eine solche vorhanden sein wird.

Die Politik wird auch nicht in den Volksvertretungen gemacht. Draussen im Leben, wo die wirtschaftlichen Interessen miteinander im Widerstreit liegen, wird über den Gang der Gesetzesmaschinerie entschieden. Wer wirtschaftliches Übergewicht in die Waagschale werfen kann, vermag einen Druck auf die Gestaltung der Dinge auszuüben. Vermöge welcher anderen Macht sollte es sonst den Junkern in Preussen-Deutschland gelingen, zu so alles übertreffendem Einfluss zu gelangen, wie es heute der Fall ist. Ihre Anhängerzahl im Volk ist klein zu nennen, ihre Parlamentsvertreter gehen in einen geräumigen Omnibus hinein. Doch das Junkertum ist im Besitz von Grund und Boden. Ein beträchtlicher Teil der Berg- und Hüttenwerke, der Anlagen der Schwerindustrie usw. befindet sich in Händen derselben. Diese wirtschaftliche Macht, rücksichtslos ausgenutzt, gewährt den Junkern ihre dominierende Stellung.

Will die Arbeiterschaft also wirksame Politik treiben, muss sie versuchen, der wirtschaftlichen Übermacht der herrschenden Klassen mit den wirtschaftlichen Kampfesmitteln des Proletariats entgegenzuwirken. Es handelt sich also darum, der zwecklosen parlamentarischen Aktion Valet zu sagen, den Kampfplatz der proletarischen Politik auf das Gebiet des wirtschaftlichen Kampfes zu verlegen.

Ist das Proletariat wirtschaftlich eine Macht? Vermag es in wirtschaftlicher Hinsicht ein bedeutungsvolles Machtwort zur Gestaltung des Staatslebens zu sprechen?

Nach aussen prunkend und übermächtig stehen Junkerklasse und Kapitalisten da. Im Besitze von Grund und Boden, Fabriken, Werkstätten usw. scheint es, als wenn dieselben unbesiegt seien. Und doch ist dies nur leerer Schein. Die fruchtbarsten Felder gebrauchen menschliche Arbeit, um beackert, abgeerntet zu werden. Die beste Maschine gebraucht der Herrichtung. Ingangsetzung und der Inganghaltung durch menschliche Hilfe.

Es ist also die Leben spendende Kraft der menschlichen

Tätigkeit, die dem toten Besitz der Junker und Kapitalisten erst Wert und Bedeutung verleiht. Bewegung und Leben sind die Elemente, die eine nutzbringende Anwendung der, ohne dieses wertlosen, Produktionsmittel erst ermöglichen.

Und wer gibt diese lebenspendende Kraft? Wer bringt die Maschinen in Gang? Wer haucht den toten eisernen Riesen Leben und Bewegung ein?

„Das sind die Arbeitsmänner, das Proletariat“ singt der Dichter. Und es ist an dem. Durch das Regen seiner Hände entnimmt er dem Erdreich harte Eisenerze und schwarze Kohlen, seine Geschicklichkeit baut aus den unansehnlichen Erzen die leistungsfähigen Maschinen, seine Wachsamkeit sorgt dafür, dass der in Eisen gepresste Dampf die ihm von Menschenhand gewiesene Bestimmung, die eisernen Riesen zu bewegen, erfüllt; nicht zerstörend, sondern segnend wirkt. Das Proletariat entlockt durch seine mühevollen Arbeit dem schweissgetränkten Boden das für die Ernährung so notwendige Getreide, Arbeiterfäuste weisen dem Dampftross den Weg, dadurch den Verkehr und Austausch ermöglichend, kurz gesagt, auf allen Gebieten dasselbe Bild. Die Arbeiterklasse die alles erzeugt, alles wirtschaftliche Leben regelt, die das Gesellschaftsleben erst ermöglicht. Das werktätige Volk ist dadurch die wichtigste Schicht in der menschlichen Gesellschaft. Richtig angewendet, kann diese Stellung, die das Proletariat im Wirtschaftsleben einnimmt, dasselbe zur ausschlaggebenden Stellung im öffentlichen (politischen) Leben verhelfen. Was wäre der Staat ohne die menschliche Arbeit? Die Rentner und Aktionäre könnten verschwinden, ohne dass das Wirtschaftsleben merklichen Erschütterungen dadurch ausgesetzt wird. Kaiser, Könige, Präsidenten können beseitigt werden, das Gesellschaftsleben geht ruhig seinen Gang weiter.

Doch unmöglich ist es, dass die Gesellschaft einen Tag ohne menschliche Arbeit bestehen kann!

Wer kann den Arbeiter zur Tätigkeit zwingen, wenn er es in seinem Interesse für notwendig hält, nicht zu arbeiten? Wer wagt es, das Proletariat in seiner Gänze zur Arbeit zu zwingen? Ein Recht zum Streik hat jeder, wie er ein Recht zu leben hat. Den Staats- oder Verkehrsarbeitern zumuten, auf das Streikrecht zu verzichten, wäre dasselbe, als wenn von ihnen verlangt würde, nicht zu atmen. Der Arbeiterschaft das Streiken



verbieten, hiesse, dieselbe ohne Widerstand ewiger Ausbeutung überliefern.

In dieser Weise zu handeln, der Gesellschaft den Gehorsam des länger Arbeitens zu kündigen, dadurch den Staat in seinen Grundfesten erschüttern, das ist die erfolge bringende Politik der Arbeiterschaft.

Und es ist Klassenpolitik. Durch den gegen den Vertreter der Ausbeutersippe, dem Staat, geführten wirtschaftlichen Kampf greift das Proletariat die Klasse der Besitzenden in ihrer Gesamtheit an. Der Kapitalist spürt an seinem Geldbeutel die Wirkungen des Streiks. Der Kampf gegen seinen Hofhund Staat zielt in seinen Wirkungen den Ausbeuter selber. Und er trifft sie in ihrer Gesamtheit als Klasse. Es erscheinen in diesem mit wirtschaftlichen Mitteln geführten politischen Kampfe das Proletariat wie auch die Besitzenden also als Klasse. Ihr Ringen wird letzten Endes ein Ringen um die Vorherrschaft, um die Macht im Gesellschaftsleben.

Dieser politische Kampf ist die direkte Aktion des Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Die Vermittlertätigkeit der Politiker hat aufgehört, die Arbeiterschaft stellt ihre Forderungen selbst an den Staat und sucht im direkten Kampf ihm die Erfüllung derselben abzurufen.

Dem Gedanken entsprechend, dass der wirtschaftliche Kampf gegen den Arbeitgeber in zielbewusster Weise nur durch eine organisierte Masse geführt werden kann, haben sich die Arbeiter in Gewerkschaften zusammengeschlossen. Diese wirtschaftlichen Organisationen haben auch den von uns geschilderten politischen Kampf gegen die Staatsgewalt zu führen.

Und dies gehört auch mit zu den Aufgaben der Gewerkschaften. Wollen sie eine Besserung in der Lebenshaltung ihrer Mitglieder herbeiführen, dann müssen sie logischerweise auch den Kampf gegen die volksschädigenden Einflüsse des Staates, seine Unterdrückungen, aufnehmen.

Es zeigt sich so als die von dem Proletariat zu treibende Klassenpolitik der **direkte wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse gegen den Staat. Die Gewerkschaften übernehmen politische Funktionen, machen die Parlamentspolitiker überflüssig, stellen ihre Forderungen selbst an den Staat, und suchen diese durch wirtschaftlichen Kampf durchzusetzen.** (Dr. Bruppacher)

### III. Die Politik der Gewerkschaften.

#### a. Der Staat als Arbeitgeber.

Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein, heisst es. Die Wirklichkeit zeigt, dass es zumeist anders ist. Die niedrigsten Löhne, die längste Arbeitszeit sind in Staatsbetrieben zu finden. Dazu kommt dann die mit behördlichen Betrieben untrennbar verbundene Reglementierung bei der zu leistenden Arbeit, die den Arbeiter nicht nur zu einem blossen Anhängsel der Maschine macht, sondern ihn direkt zur blossen Null, zur einfachen Zahl herabdrückt. Ein rigoreses Antreiber- (Beamten-) tum, durch die hinter ihm stehende Staatsautorität gestützt, schuhriegelt den Arbeiter auf allen Gebieten. Der Lohnsklave ist ferner dem Arbeitgeber Staat gegenüber noch mehr Sklave, der sich alles ohne Widerrede gefallen lassen muss, da er bei einmaliger Entlassung aus einem Staatsbetrieb so leicht in einem andern nicht wieder anzukommen vermag. Die angeblich gegen die guten Sitten verstossende Art des auf die schwarze Liste setzens zeigt sich bei den Staatsbetrieben durch ein vorzüglich wirkendes Kontrollsystem in seiner vollen Schönheit. Unbeliebte Gesinnung ist vor allem verboten. Aus dem Arbeitshelot wird ein Gesinnungshelot. Um nicht von allen Staatsbetrieben ausgeschlossen zu sein, was für ihn unter Umständen eine Verurteilung zu dauernder Arbeitslosigkeit bedeutet, ist er gezwungen, seine Gesinnung zu verbergen.

Gegen den Privatarbeitgeber richten die Gewerkschaften ja den direkten wirtschaftlichen Kampf um Lohnerhöhungen usw.. Die Politiker wollen diesen Kampf gegen den Staat nun in die Parlamente verlegen. Sie haben den scheinbaren Vorwand für sich, dass im Parlament die Arbeitsbedingungen der Staatsarbeiter geregelt werden, sie könnten dort dann ihre Stimme mit einlegen für eine günstige Regelung der Lohnfrage, auch eine scharfe Kritik am System, das in den Staatsbetrieben herrscht, dort vorbringen. Mit der Kritik ist es aber nun eine heikle Sache. Im Parlament hören sie wenig, die öffentliche Meinung erfährt davon nur durch die Presse, die gegnerische bringt diese Kritik nur entstellt, die arbeiterfreundliche aber kann sie ohne dem bringen. Dass die Regierungsvertreter sich

durch diese Kritik sonderlich behindert fühlen, denkt wohl auch der verbohrteste Parlamentsfanatiker nicht. Das Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen ist aus demselben Grunde wertlos, aus dem der Parlamentarismus überhaupt unwirksam ist, weil die Abgeordneten keine Macht hinter ihre Worte haben. Wollten die Staatsarbeiter aufs Parlament vertrauen, können sie lange auf eine Besserung warten.

Doch anders ist es, wenn sie sich nur auf ihre wirtschaftliche Aktion verlassen. Die passive Resistenz, die genaue Befolgung aller Vorschriften, wird bald den ganzen Betrieb in Unordnung bringen. Greift aber die Arbeiterschaft zum Streik, dann werden sich die weisen Regierungsperrücken schon eher den Forderungen der Proleten willfährig zeigen. Dass es noch andere Mittel der direkten Aktion gibt, die sich auch gegen Arbeitgeber Staat als wirksam erweisen, ist bekannt.

Das hier gesagte trifft auch auf die Beamten usw. zu. Gewiss werden deren Forderungen im Parlament schon eher erfüllt, doch ist die grössere Zahl der unteren Beamten auch hier im Nachteil. Nur durch gewerkschaftliche Selbsthilfe, dass sie sich wie die Arbeiter organisieren, wie die Lohnproletarier kämpfen, können sie ihre Lage bessern.

Die Lehrer in Frankreich sind durch ihre „aufgelösten“ und dennoch bestehenden Syndikate untrennbar mit der kämpfenden Arbeiterschaft verbunden, erkennen die andren Staatsbeamten, dass sie gemeinsam mit der Arbeiterschaft wirtschaftlich zu kämpfen haben, werden auch sie ihre Lage verbessern. Und werden die Polizisten ihre „nutzbringende“ Tätigkeit einstellen, um ihrem „Arbeitgeber“ einen höheren Lohn abzutrotzen, würde diese uns sonst so unsympatische Beamten-schicht ausnahmsweise unsere Sympatihe haben.

Wollen die Gemeindearbeiter und -angestellte ihre Lage verbessern, müssen sie in gleicher Weise handeln, durch ihre Gewerkschaften wirksame Kommunalpolitik treiben.

## b. Selbsthilfe.

Ein weites Gebiet ist das der gewerkschaftlichen Selbsthilfe. Es umfasst alle die Fälle, wo die Gewerkschaften, ohne die gesetzliche Regelung von in das Leben der Arbeiter einschneidenden Fragen abzuwarten, die Lösung derselben selbst in die Hand nehmen. Darin liegt ja die Bedeutung der Gewerkschaft.

Nicht die gesetzliche Einführung von Minimallöhnen usw. warten sie ab, sondern im direkten Kampf gegen den Unternehmer selbst haben sie denselben zur Zahlung derselben gezwungen. Wo gesetzlich dann diese Forderung festgelegt wurde, war es erst der wirtschaftliche Kampf, der das Eingreifen der Regierung veranlasste. Selbsthilfe war es, die Arbeitszeitverkürzungen durchführte. Auch den Schutz der Arbeiter auf Bauten, in den Bergwerken, in der Schifffahrt usw. hat die Gewerkschaft durchzuführen. Der gesetzliche Schutz hat sich da als unwirksam erwiesen. Die Gewerkschaft stellt ihre Bauten-, Gruben- usw. Kontrolleure selbst, die die Sicherheitsmassnahmen zu prüfen haben. Diese von der Arbeiterschaft gewählten und der Macht der Gewerkschaften unterstützten Kontrolleure können in wirksamster Weise über Leben und Gesundheit der Beschäftigten wachen. Die Berufsorganisationen haben auch die Schutzbestimmungen, die notwendig sind, selbst aufzustellen und mit ihrer vollen Macht für die Durchführung derselben einzustehen.

Doch das Gebiet der gewerkschaftlichen Selbsthilfe ist weitumfassender. Die Selbsthilfe als solche muss den Staat verdrängen, seine Funktionen übernehmen, die Organisationen des Volkes nehmen die Regelung der betreffenden Fragen in die Hand, um ihrer Realisierung den Stempel des Volkswillens aufzuprägen.

Betrachten wir die Unterrichtsfrage.

Gewiss ist dies eine Frage, die alle Menschen angeht, aber es ist doch vorwiegend das werktätige Volk, das auch in diesen, wie in allen andern Fällen, unter der heute herrschenden Erziehungsmethode am meisten zu leiden hat, da dieselbe darauf ausgeht, die Kinder des Volkes im Interesse der Herrschenden, also im Gegensatz zum Interesse des Volkes zu erziehen.

Nun möge im Parlament ein Unterrichtsgesetz angenommen werden, wie es will, es möge das freieste in seiner Art sein, und es kann doch eines nicht erfüllen: den Interessen des Volkes zu entsprechen.

Die Staatsschule mag ihre Lehrmethoden ändern, sie kann andere Erziehungsarten sich geben, doch sie kann niemals die Grundlage ihrer ganzen Erziehungsarbeit antasten.

Der Zweck der Staatsschulen ist immer gewesen und ist immer noch, die Kinder im Interesse der Herrschenden zu er-

ziehen. Sie sollen die bestehenden Gesellschaftszustände als die einzig richtigen anerkennen, Unterwürfigkeit und Gehorsam gegen die Gesetze lernen.

Das Volk braucht eine andere Erziehung für seine Sprösslinge. Seine Klassenlage muss denselben gezeigt werden. Es müssen ihnen die Schäden der bestehenden Ordnung aufgedeckt werden. Es muss ihnen in Fleisch und Blut übergehen, dass es selbstverständlich zwischen Unterdrückte und Unterdrücker, Ausgebeutete und Ausbeuter niemals eine Solidarität geben kann. Erziehung zu kräftigen, selbstständigen und aufrechten Männern, das ist der Zweck der proletarischen Erziehung.

Von der Staatsschule eine derartige Erziehung verlangen, hiesse fordern, dass diese der Beseitigung der heutigen Ordnung die Wege bahnen soll.

Das Volk muss die Erziehung seiner Kinder selbst übernehmen. Wo die Staatsschulen versagen, muss das Volk sich Volksschulen schaffen. Begründet vom Volk, unterhalten vom Volk, werden diese die Kinder des Proletariats entsprechend seinen Interessen erziehen.

Zwar können die Gewerkschaften die Schaffung dieser Schulen nicht selbst übernehmen, sie würden dadurch in ihrem wahren Zweck, den wirtschaftlichen Kampf gegen Kapitalismus und Staat zu führen, zu sehr behindert. Doch die Gewerkschaft muss, als Zusammenfassung des vorwärtsstrebenden Proletariats zu diesen Fragen Stellung nehmen, sie in ihrem Sinne befruchten und der eigenen Tätigkeit des Volkes die möglichste Unterstützung gewähren.

Wir haben solche Schulen heute schon. Entsprungen dem Gedanken unseres unvergesslichen Ferrer, dass die freiheitliche Erziehung eine Vorbedingung zur Freiheit sei, hat die freie Schule ihre Freunde heute überall.

Getragen von der Solidarität der Gewerkschaften, kann sie einen bedeutenden Erziehungsfaktor für die junge Generation bedeuten.

Die Selbsthilfe seitens des organisierten Proletariats kann sich auf die verschiedensten Gebiete erstrecken. Sie wird wirksam sein, wenn sie vom Wollen des Volkes getragen wird, das sich seine Welt selbst gestalten will.

\*

\*

### c. Eingreifen in die Gesetzgebung.

Das Proletariat hat auch den Gang der Gesetzgebung zu beachten. Wo dieselbe seinen Interessen zu nahe tritt, (was sie im Grunde immer tut) hat die Organisation der werktätigen Bevölkerung einzugreifen.

Auf diesem Gebiet zeigt sich auch das Bestreben der Parlamentarier, den wirtschaftlichen Kampf für politische Zwecke auszunutzen. Ihr politischer Massenstreik soll der versandeten parlamentarischen Redemühle wieder mehr Schwung verleihen. In diesem Falle erkennen wir wohl die Art des Kampfes für richtig an, nicht aber den Zweck desselben, da wir von der Wertlosigkeit der durch ihn erstrebten politischen Rechte zu oft überzeugt wurden.

Jedoch anders ist die Frage des Koalitionsrechts. So wertlos das papierne Recht ist, wenn die Proletarier es nicht in die Praxis umsetzen, so hat das Proletariat doch Ursache, keine Verschlechterung desselben zu dulden. Sollte die Regierung, dem Drängen der Scharfmacher nach, ein Ausnahmegesetz schaffen wollen, dann ist es Pflicht der Gewerkschaften, dies zu verhindern. Die Gewerkschaften haben den Protest zu leiten, hilft dies nicht, die Aktion zu führen, die in der solidarisch durchgeführten Arbeitsniederlegung besteht. Die Regierung wird sich bei den grossen Schäden, die ein derartiger Streik im Wirtschaftsleben anrichtet, es zweimal überlegen, ob sie eine derartige Erschütterung des Wirtschaftslebens veranlassen soll.

Bei den Fragen der Arbeiterversicherung muss die Gewerkschaft genau so handeln. Nicht dieselbe als Selbsthilfe durch die Organisation zu übernehmen, dann wäre sie ein schädlicher Balast für die Gewerkschaften, sondern dem Staat die Verpflichtung aufzwingen, in ausreichendem Masse für die Kranken usw. zu sorgen. Dass dieselben von Not und Elend bedroht werden, ist die Folge der heutigen Ordnung. Der Staat ist die Stütze derselben, also muss ihm mit Recht die Sorge für die Arbeitsunfähigen auferlegt werden.

Ist durch die Wucherzollpolitik eine unerträgliche Teuerung eingetreten, haben die Gewerkschaften die Forderung auf Änderung der Zollgesetze usw. zu stellen, und dieser durch die einsetzende wirtschaftliche Aktion den nötigen Nachdruck zu verleihen. Ein derartiges Argument ist wirksamer, als die Dauerreden

irgend eines Abgeordneten im Reichstag.

Ähnlich verhält es sich mit den Steuern und Gebrauchsabgaben. Jeden Versuch seitens der Regierung, den heutigen Zustand, dass die minder besitzende Klasse die im Interesse der Besitzenden gemachten Ausgaben für Heer, Flotte, Polizei usw. zu leisten hat, zu verschärfen, muss die Gewerkschaft abwehren. Doch nicht nur dies, sie muss durch wirtschaftliche Aktion versuchen, die direkten Steuern und Gebrauchsabgaben zum Wohl des Volkes umzugestalten. Die minder Bemittelten von denselben zu entlasten, die Reichen die in ihrem Interesse gemachten Ausgaben auch bezahlen zu lassen, muss Leitsatz der Steuerpolitik der Gewerkschaften sein.

Um die Festsetzung der Ausgabenposten hat das organisierte Proletariat sich im höchsten Masse zu bekümmern. Es kann ihm nicht gleichgültig sein, dass die vom Volk erpressten direkten und indirekten Abgaben dem blutgierigen Moloch in den Rachen geschüttet werden, und die Kulturaufgaben leer ausgehen.

Scharfe Stellungnahme zum Budget, Verminderung der Rüstungs-, Vermehrung der dem Volksinteresse dienenden Ausgaben, sind Forderungen des Volkes. Kommt die Regierung diesen nicht nach, so greift das Volk zum Pressionsstreik.

Der Proteststreik gegen ungerechte Urteile einer Klassenjustiz und Versuche, der Arbeiterbewegung durch Polizei und Justizmassnahmen entgegen zu wirken, hat sich oft als wirksames Mittel bewiesen. Klassengenossen dem Blutgerüst oder dem Zuchthaus zu entreissen.

In dieser Weise muss sich der politische Kampf des Proletariats abspielen. Handelt es sich um Fragen der inneren oder äusseren Politik, der Gesetzgebung oder Verwaltung, den Tages- oder Prinzipienfragen, immer ist der Träger der proletarischen Politik die Gewerkschaft, das Schwergewicht derselben die wirtschaftliche Aktion.

\*

\*

\*

## IV. Schluss.

Sehen wir uns nun die Gewerkschaften an, die diese von uns gezeichnete Politik treiben sollen.

Grosse Anforderungen werden an diese gestellt. Sollen sie im Interesse der Arbeiter wirksam in das Staatsleben eingreifen, müssen sie jederzeit in der Lage sein, den Kampf aufnehmen zu können. Die Regierenden werden so leicht nicht nachgeben, es wird der Kampf entscheiden müssen.

Jederzeit kampfstüchtig, los allen Balastes, der hemmend wirkt. Die Unterstützungseinrichtungen, die keineswegs ein Werk der notwendigen Selbsthilfe darstellen, belasten im höchsten Grad die Kassen der Gewerkschaften. Sie verschlingen die zum Kampf bestimmten Mittel, erfordern eine schädlich wirkende Bürokratie und machen aus den Mitgliedern pfennigrechnerische Materialisten. Die Tarifverträge sind die Totengräber der wirtschaftlichen Aktion. Sie binden den Arbeitern die Hände, sodass diese nicht den Kampf im günstigen Moment aufnehmen können. Ihre Beseitigung ist eine Vorbedingung für einen wirksamen politisch-wirtschaftlichen Kampf. Der Zentralismus macht die Gewerkschaften schwerfällig, erzieht die Mitglieder zur Disziplin, anstatt zur Selbständigkeit, lässt einzelne Beamte über die Interessen aller entscheiden.

Organisationen, aufgebaut auf der Selbständigkeit der Mitglieder, unter einander zum Kampf verbunden in freier Solidarität, leichtbeweglich, um jederzeit den Kampf aufnehmen zu können, müssen die wirtschaftlichen Organisationen sein.

So ausgebaut, können die Gewerkschaften Klassenpolitik in wirksamster Weise treiben. Verbunden mit einer zielklaren antimilitaristischen Propaganda wird diese Aktion die Arbeiterschaft befähigen, die heutige Ordnung selbst anzugreifen, die Produktionsmittel in die Hände zu nehmen, und sie zum Nutzen aller zu benutzen.

„Die Befreiung der Arbeiterschaft kann nur das Werk der Arbeiter selber sein.“



# „KAMPF“

Unabhängiges Organ für Anarchismus und Syndikalismus.

Verlag: Hamburg 6, Sternstrasse 39, Haus 18 ptr. I.

Erscheint monatlich.

Bezugspreis: Halbjährlich frei ins Haus 0,80 M.

## „Der freie Arbeiter“

Anarchistisches Wochenblatt.

Verlag: Berlin SO. 26, Oranienstrasse 15, Hof III.

Vierteljährlich unter Kreuzband 1,60.

## „Der Anarchist“

Verlag: Leipzig-Schleussig, Jahnstrasse 25, ptr. r.

Zweimal monatlich. Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post 0,80 M.

## „Der Pionier“

Syndikalistisches Wochenblatt.

Verlag: Berlin O. 17, Stralauerplatz 18-19.

Vierteljährlich unter Kreuzband 1,50 M.

## „Der Sozialist“

Verlag: Berlin SO 33, Wrangelstr. 135.

Zweimal monatlich.

Vierteljährlich ohne Porto 0,60 M.

## „Wohlstand für Alle“

Verlag: Wien XV, Märzstr 3, II 16.

Zweimal monatlich.

Halbjährlich durch die Post 1,50 Kronen.

.....  
In unserm Verlage sind erschienen:

**Weshalb wir Anarchisten sind.**

von Xavier Merlino.

**Arbeiterschaft und Parlamentarismus.**

von Luigi.

Einzelpreis 0,10 M., 25 Stück 2,00 M., 50 Stück 4,00 M., 100 Stück 7,50 M.,  
portofrei.

Druck Paul Schreyer, Verlag A. Fricke Hamburg 6 Sternstrasse 39, Haus 18 ptr. I.